

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
25. Mai 1917

Anträgen an die Redaktion der Gleichheit  
finden zu richten an Frau Clara Zetkin (Bundes), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Stellungnahme der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zum Frieden, zur Demokratisierung der politischen Zustände und zur Revolution in Rußland. (Schluß.) — Ottlie Baaders siebziger Geburtstag. — Aus der Bewegung: Eine sozialdemokratische Landeskongferenz in Baden. — Eine Frauenbezirkskonferenz zu Leipzig gegen die Maßregelung der Genossin Bieß und für die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“. — Sympathiekundgebung der holländischen Genossinnen für Genossin Bieß. — Notizteil: Für den Frieden. — Frauenstimmrecht.

## Stellungnahme der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zum Frieden, zur Demokratisierung der politischen Zustände und zur Revolution in Rußland. (Schluß.)

Auch die Fraktion und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei haben ihre Sympathien und Wünsche für die russische Revolution ausgesprochen. Genosse Noske führte in seiner Rede zum Etat aus: „In Rußland ist in den letzten Tagen ein unhaltbares System zusammengebrochen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man versucht hat, den Zusammenbruch durch den Krieg zu bannen. Die Rechnung war trügerisch. Mit gespannter Aufmerksamkeit müssen wir verfolgen, wie sich die Dinge in Rußland entwickeln. . . . Nicht die Großkapitalisten und Kriegsheizer geben in Petersburg allein den Ton an, sondern die proletarischen Massen reden nachdrücklich und deutlich mit, und diese Massen sind ausgesprochene Friedensfreunde. In dem Aufruf der Dumafraktion der russischen Sozialdemokratie heißt es, das russische Volk habe kein Interesse an dem Weltkrieg, es lechte nach Frieden und verlange sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen. . . . Russische Sozialdemokraten, die von Kopenhagen in ihre Heimat zurückkehrten, sagten in einem Aufruf an die deutschen Arbeiter: Wir wünschen sofortigen Frieden und werden mit aller Kraft dafür arbeiten. Aber jeder Versuch Deutschlands, dem alten Regime Dienste zu erweisen, wird auf den schärfsten Widerstand der russischen Arbeiterschaft stoßen. Die Zensurstelle des Auswärtigen Amtes hat diesen Aufruf verständigerweise zur Veröffentlichung zugelassen. Die militärische Zensur aber hat die Veröffentlichung verboten. . . . Die russischen Sozialdemokraten können sicher sein, daß die deutschen Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit jeden Versuch von deutscher Seite bekämpfen würden, dem Zarismus helfend beizuspringen. . . . Das russische Volk haben wir nie für diesen entsetzlichen Krieg verantwortlich gemacht. Bei seinem Ringen für seine innere politische Freiheit wird dies Volk von unseren lebhaftesten Sympathien begleitet. Voller Bewunderung und tieffester Verehrung gedenken wir besonders der heldenhaften Märtyrer, die jahrzehntelang in Rußland ihr Leben im Kampfe für die Freiheit ließen.“

Der sozialdemokratische Parteivorstand folgte dem guten Beispiel der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Als Antwort auf eine Friedenskundgebung russischer Sozialisten schickte er am 31. März an den dänischen Genossen und Minister Stauning in Kopenhagen dieses frostige Telegramm, das nach Ton und Inhalt die sozialistische Prägung vermissen läßt: „Die russischen Sozialisten in Kopenhagen übermittelten uns eine Friedenskundgebung, in der sie die Erwartung aussprechen, daß jede Einmischung in die Entwicklung der russischen Revolution von uns scharf bekämpft werde. Die Sozialdemokraten Deutschlands befinden sich in voller Übereinstimmung mit dieser Kundgebung. Sie haben sich bei den letzten Reichstags-

verhandlungen entschieden in diesem Sinne betätigt. Auch die übrigen Parteien und die Reichsregierung haben sich im Reichstag energisch gegen jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands erklärt. Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht zugleich das russische Proletariat zu seinen Erfolgen auf dem Wege zur politischen Freiheit. Sie hat den dringenden Wunsch, daß die politischen Fortschritte des russischen Volkes dazu beitragen mögen, der Welt den Frieden zu sichern, für den die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges gekämpft hat. Wir bitten, diese Mitteilung im ‚Sozialdemokraten‘ zu veröffentlichen und weiterzutelegraphieren an Tschechow, Duma, Petersburg. Der Parteivorstand: Ebert.“ Den Wert dieses Telegramms beurteilte Hans Vorst im Berliner Tageblatt sehr skeptisch. Er schrieb: „Der Wunsch, daß die politischen Fortschritte des russischen Volkes dazu beitragen mögen, der Welt bald den Frieden zu sichern, für den die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges gekämpft hat, muß seinen Eindruck auf die russischen Sozialisten verfehlten, da ein solcher Satz zu sehr den Streitpunkt hervorhebt, der zwischen der deutschen und der ausländischen Sozialdemokratie besteht. Gerade dies ist nicht geeignet, eine Verständigungsalton zu unterstützen.“ Dieses Urteil hat ins Schwarze getroffen und verdient besondere Beachtung. Hans Vorst ist nämlich ein sehr guter Kenner der russischen Verhältnisse, und das Berliner Tageblatt ist den sozialdemokratischen Mehrheitspolitikern sehr wohlgesinnt.

Innerhalb der sogenannten „alten“ Sozialdemokratischen Partei ist sicherlich das Unzulängliche der seitherigen Stellungnahme zur russischen Revolution empfunden worden, wie auch zur Frage des Friedens und der Neuorientierung. Das kräftigere Auftreten der sozialdemokratischen Opposition, ihre Vorstände im Reichstag und unter den Arbeitermassen, ihr Zusammenschluß in Gotha: all das hat zweifelsohne angesichts der Situation anspornend, vorwärtsreibend gewirkt. Parteivorstand, Parteiausschuß, die Vorstände der Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses und der Landeskommision für Preußen haben sich am 19. April in gemeinsamer Sitzung mit den aufgerollten Fragen beschäftigt. Einstimmig ist diese Resolution zum Beschuß erhoben worden:

„Wir befürworten den unverbrüchlichen Beschuß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Krieg als ein freies Staatswesen herzugehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Erzeugung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.“

Mit Entschiedenheit verwiesen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Überzeugungen zu entwideln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongressbeschuß des russischen Arbeiter- und Soldatentrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer frei-nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Machträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zu klarem Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik

zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.

„Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gebrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand der künftigen Welt sichern zu helfen.“

An der Sitzung der obengenannten Parteiinstanzen nahmen als Gäste teil: die Genossen Viktor Adler, Dr. Renner und Seitz als Parteivorstandsvertreter der deutschen Sozialdemokratie in Österreich; die Genossen Garay und Weltner als Vertreter des Parteivorstands der ungarischen Sozialdemokratie. In ihrer aller Namen erklärte Genosse Adler nach erfolgter Beschlusssfassung, der erste Teil der Resolution gelte rein deutschen Angelegenheiten, in die sich die Gäste nicht einmischten. Der zweite Teil aber handle vom Frieden, der die ganze Welt angehe. Im Auftrag der österreichischen und ungarischen Gäste könne er versichern, daß sie mit jedem Wort dieser Friedenskundgebung einverstanden seien. Sie stelle also den gemeinsamen Willensausdruck der Sozialdemokratie in Deutschland, Österreich und Ungarn dar.

Die Resolution fordert gewiß in mehr als einem Punkt die sozialistische Kritik heraus. Weniger durch das, was sie sagt, als durch das, was sie zur Bewertung der Lage und der aus ihr herauswachsenden Forderungen nicht ausspricht. Recht sonderbar mutet auch der Absatz an über die „von den feindlichen Regierungen verbreiteten Zumutungen“. Die Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheitspolitiker scheinen vergessen zu haben, daß die Bewilligung der Kriegskredite, die Anschirrung des Proletariats vor den Kriegswagen der kapitalistischen Weltmachtspolitik mit der Lösung erfolgte: „Gegen den Capitalismus! Für die Befreiung des russischen Volkes!“ Immerhin bedeutet die Resolution einen Fortschritt. Namentlich in dem Teil, der sich auf Friedensschluß und Friedensbedingungen bezieht. Hier ist unzweideutig ein Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen gefordert worden; hier hat endlich die zweideutige Illusion aufgehört mitzureden, als ob die deutsche Reichsregierung zu einem Friedensschluß auf der gleichen Grundlage wie die Sozialdemokratie bereit sei; hier wird die Verpflichtung für die Genossen in allen Ländern anerkannt, die Regierung zum Verzicht auf jede Eroberungspolitik zu drängen. Kurz, die Resolution verpflichtet zur Wiederaufnahme einer kraftvollen, selbständigen sozialdemokratischen Politik. Im politischen Leben behauptet der zweifelnde Thomas sein Recht, der erst glaubt, wenn er seine Finger in die Wundenmale des Auferstandenen legen kann.

### Ottolie Baaders siebzigster Geburtstag.

Ottolie Baaders siebzigsten Geburtstag dürfen die Genossinnen Deutschlands nicht vorübergehen lassen, ohne mit aufrichtiger, herzlichster Dankbarkeit der hingebungsvollen Leistungen zu gedenken, durch die diese schlichte, aufrichte Proletarierin unsere Frauenbewegung, die Sache des Sozialismus gefördert hat. Genossin Baaders Leben und Weben liegt seit Jahrzehnten in dem proletarischen Befreiungskampf beschlossen, ist vor allem unlöslich mit den planmäßigen Bestrebungen verknüpft, die dreifach unfreien Frauen des werktätigen Volkes zu wecken, zu sammeln, zu schulen und zu selbständig denkenden und handelnden Kämpferinnen für volles, freies Menschenrecht aller zu erheben, wie es allein als herrliche Frucht der sozialistischen Ordnung heranzureifen vermag. Viele Jahre lang ist Ottolie Baader als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands eine Bannenträgerin der proletarischen Frauenbewegung gewesen. Und das inmitten der großen und wichtigen Spanne Zeit zwischen der Aushebung des schmachvollen Sozialistengesetzes und der Gewährung freien Vereins- und Versammlungsrechts für die Frauen durch das Reichsvereinsgesetz. Es waren die Jahre der kleinen, tastenden, suchenden Anfänge. Den Genossinnen wurde noch nicht die materielle Unterstützung der Partei in dem gleichen Maße wie später zuteil, in der Hauptsache mußten sie aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln für die Bedürfnisse der Bewegung aufkommen. Sie erlangten der Organe und Einrichtungen, die ihnen in der Folgezeit zur Verfügung standen, und auch die umfangreichste praktische Tätigkeit erfolgte „nebenamtlich“, einen oft sehr harten Daseinskampf zur Seite.

Die Geschichte dieser Periode unserer sozialistischen Frauenbewegung kann nicht geschrieben werden, ohne daß man in rühmender Weise das aufopfernde, eifige Wirken der Genossin Baader verzeichnet; ihre konsequente, feste Haltung in allen Fragen grundfächlichen Belenntnisses und der daraus folgenden Taktik; ihrer klugen und zielbewußten und dabei bescheidenen, entgegenkommen-

den Art. Ihr eignete in hohem Maße die Empfindung, das Bewußtsein des notwendigen Zusammenarbeitens aller vorhandenen Kräfte zu einem Ziele und die kluge Einsicht für die Schranken der eigenen Kraft, die gleichgerichteten Rat und ergänzende Tat zu werten weiß. Sie wuchs mit den Anforderungen, die die glühende Überzeugung als Sozialistin an sie stellte. Aus engen dumpfigen Gassen heraus hat der Sozialismus sie ins Weite und auf die Höhe geführt, dorthin, wo im Arbeiten und Ringen für ein erhabenes Ziel die schlummernden persönlichen Kräfte erwachen, wachsen und reifen. Ihr Lebensschicksal wurde typisches Proletarierschicksal, dem der Befreiungskampf der Klasse Wert und Gehalt verleiht.

Ottolie Baader wurde am 30. Mai 1847 zu Radow in Schlesien geboren, besuchte in Frankfurt a. d. O. die Volksschule und siedelte vierzehnjährig mit dem Vater und zwei Geschwistern nach Berlin über. Früh der Mutter beraubt, war sie der gute Haushgeist, das sorgende, liebevolle Hausmutterchen der Ihrigen. Des Lebens Not herrschte ihr außerdem zu: Verdiente! Als Handarbeiterin mußte sich das junge Mädchen einen vollen Monat mühen, um 4 Taler zu erwerben. Als die Nähmaschine sich einbürgerte, war die Konkurrenz mit deren flinker, stählerner Hand ein Ding der Unmöglichkeit. Ottolie ging zunächst in eine Spinnerei, kehrte aber zu dem alten Erwerb als Näherin zurück, als sie genug auf die hohe Kante gelegt hatte, um eine Maschine anschaffen zu können. Bei der Anfertigung von Mänteln, Blusen, Kragen, Schürzen usw. lernte sie die ganze Schwere, das schwere Elend der Heimarbeit kennen. Eine durch und durch mütterliche Natur, erzwang sie es bei allem Hemmenden der Erwerbsfron, den Ihrigen das bescheidene Heim traurlich zu gestalten. Mit rührender Liebe sorgte sie für den Vater, dem sie im Greisenalter Erhalterin und Pflegerin war, sorgte sie für die Brüder und später für deren Söhne.

Zwei Wesenseigenschaften hoben damals schon ihr Leben über die Egnis und Bedrägnis ihrer sozialen Umwelt hinaus. Ein heiter Bildungsdrang und ein lebhaftes, tiefes Mitempfinden mit den Leiden und Freuden ihrer Schicksalsgenossen, das sich zur Erkenntnis der proletarischen Klassensolidarität entwickelte. Bei Ausbruch des Krieges 1870 wollte die Firma Sternberg, bei der Ottolie Baader schaffte, die Löhne um die Hälfte reduzieren. Die nackte Not stand vor der Näherinnen Tür, und es gab keinen Verband, der ihr den Eintritt verwehrte hätte. Die bedrohten Frauen und Mädchen verständigten sich untereinander, Ottolie ging als ihre Wortsührerin zum Chef und erreichte, daß die Lohnherabsetzung unterblieb.

Dank dem Vater, der 48 miterlebt hatte und die Ideale des „tollen Jahres“ im Herzen bewegte, gewann sie bald den inneren und äußeren Anschluß an die sozialistische Arbeiterbewegung. 1886 war sie an dem Kampfe der Berliner Mantelarbeiterinnen gegen die Erhöhung des Zolles auf Nähgarn beteiligt und gehörte ihrem Verein als rühriges Mitglied an. Es war nur selbstverständlich, daß sie 1890 dem Schneiderverband beitrat und 1896 den großen Streik der Berliner Konfektionsarbeiterfamilie mitmachte, der die Augen der breitesten Öffentlichkeit auf den Jammer der Heimarbeit lenkte. Auch an der politischen Bewegung nahm sie regen Anteil.

Nicht allzu lange, und die Genossinnen stellten die Erprobte auf verantwortungsvolle Posten. Ottolie wurde eine der Führerinnen der sozialistischen Frauenbewegung Berlins. Mit größtem Eifer arbeitete sie darauf hin, den nötigen Zusammenschluß zwischen den Genossinnen ganz Deutschlands herzustellen, um die vereinten Kräfte für einen planmäßigen Kampf einzuschlagen. Das hatte vor dem Reichsvereinsgesetz nicht bloß seine großen Schwierigkeiten, sondern auch seine Gefahren. Genossin Baader hatte mehr als einmal Haussuchung, gerichtliche Vernehmung, Anklage, weil sie bei ihrer Tätigkeit gegen das vormärzliche preußische Vereinsgesetz gesündigt haben sollte. Schwierigkeiten und Gefahren stärkten ihre Kräfte, feuerten den Eifer, die Aufopferungsfähigkeit. Als die Beauftragten der Genossinnen ganz Deutschlands 1900 in Mainz ihre erste Konferenz abhielten, um die Bedingungen eines Zusammenmarschierens und Zusammenschlagens zu schaffen, wurde Genossin Baader als ihre Vertrauensperson gewählt.

Was sie in diesem Amt geleistet hat, das haben wir eingangs kurz gezeichnet, das ist in der Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung verkörpert. Genossin Baader bekleidete den wichtigen Posten bis 1908, wo die Reform des Vereinsrechts die gemeinsame Organisierung von Genossinnen und Genossen in der Partei möglich machte. Die statutarische Bestimmung, daß eine Frau dem Parteivorstand angehören müsse, besiegelte den Pakt zwischen der sozialistischen Frauenbewegung und der Partei. Nach Verdienst und Brauch dünkte es allen recht und billig, daß Ottolie

Baader als erste Vertreterin der Genossinnen in der Leitung der sozialdemokratischen Partei Sitz und Stimme erhalten hätte. Mit jener weisen, würdigen Selbstbescheidung, die zugleich höchster, echter Stolz ist, lehnte sie jedoch das Ehrenamt ab, dessen Aufgabenkreis ihrer Überzeugung nach einer jüngeren, stärkeren Kraft bedurfte. Sie schlug vor, Genossin Bieck in den Parteivorstand zu wählen, und begnügte sich selbst mit der Stellung einer Sekretärin im Frauenbureau. Hier hat sie all diese Jahre hindurch mit der alten Treue und Begeisterung für das sozialistische Ideal weitergewirkt, unermüdlich darin, die Genossinnen mit Rat und Tat zu fördern, ihnen Anregerin, Freundin und Führerin, Agitatorin und Organisatorin zu sein.

Wer wie Ottilie Baader mit seinem persönlichen Sein ganz in dem Wirken für die Sache des Sozialismus aufgegangen ist, dem muß die verhängnisvolle Rückwirkung des Krieges auf die sozialistische Bewegung tiefen Kummer, schwere Erschütterung bringen. Möchte es der Kämpferin mit der verdienstvollen Vergangenheit vergönnt sein, in Rüstigkeit die politische Wiedergeburt des Proletariats zu erleben, den Aufmarsch einer grundsätzlich klaren, entschlossenen sozialistischen Partei des Klassenkampfes, die ihrer historischen Aufgabe bewußt in großer Stunde ein großes Geschlecht zum Siege führt.

## Aus der Bewegung.

Eine sozialdemokratische Landeskongress für Baden hat am 22. April in Offenburg stattgefunden. Unter den 39 Stimmberuhigten befanden sich nur 13 Vertreter der Wahlkreisorganisationen; die weit überwiegende Mehrzahl waren Genossen in Amt und Würden: Mitglieder des Landesvorstandes, Sekretäre, Abgeordnete, Vertreter von Parteiorganen und Parteigeschäften. Deshalb war es kein Wunder, daß eine erdrückende Mehrzahl die Gewaltpolitik der sozialdemokratischen Parteiführer guthieß. Ebenso erklärt es sich, daß sich nur ein halbes Dutzend Hände gegen den brutalen Antrag erhob, den Genossen Adolf Ged nicht weiter an den Beratungen teilnehmen zu lassen. Genosse Ged war als sozialdemokratischer Abgeordneter vom Landesvorstand zur Beteiligung an der Konferenz eingeladen worden. Im Ausschuß an die Berichterstattung ersuchte er zweimal um bestimmte Auskünfte, die letzte Sitzung des Parteiausschusses betreffend. Daraufhin wurde der Antrag gestellt, dem Genossen Adolf Ged das Mandat zu entziehen, da er nicht zur sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten Badischen Kammer gehöre und offenbar die Verhandlungen nur hören wolle. Als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen im badischen Landesvorstand nahm Genossin Blasie (Mannheim) an der Konferenz teil. Aus dem offiziellen Bericht ist zu schließen, daß sie für den Ausschuß der oppositionellen Sozialdemokraten aus der Partei gestimmt hat. Besonders bedauerlich ist es, daß diese einzige Vertreterin der Genossinnen auf der Konferenz nicht mit aller Entschlossenheit dafür gekämpft hat, daß in das Aktionsprogramm der badischen Sozialdemokratie unserer grundsätzlichen Auffassung entsprechend auch die Forderung des Frauenwahlrechts aufgenommen wurde, ja mehr noch, daß sie nicht einmal gegen die Ausmerzung dieser Forderung protestierte. Weiteres zu der Frage an anderer Stelle. Überhaupt ist dieses Aktionsprogramm ein Kolbsches Neuorientierungsragout eigener Art, das weit hinter den Forderungen zurückbleibt, deren sofortige Verwirklichung die sozialdemokratische Partei für ganz Deutschland verlangt. In dem badischen Aktionsprogramm spielt das Wort, der geschichtliche Begriff „Arbeiter“ gar keine Rolle, wie denn auch auf der Konferenz kaum jemand die Klassenforderungen des Proletariats zur Sprache brachte. In der Haushaltungskommission der Zweiten Kammer rückten bürgerliche Parteien und Regierung mit Protest von Genossen Kolbs Forderungen ab. Die neueste Phase der Großblockpolitik hat in badischen Arbeiterkreisen die Opposition gestärkt. Das beginnt den Mannheimer Mehrheitspolitikern unangenehm auf die Nügel zu brennen. Die „Volksstimme“ hat gegen die nämliche Aktionspolitik vom Leder gezogen, die man noch vor wenigen Wochen in Offenburg gesegnet hatte. Auf die Dauer wird es von der Großblockpolitik heißen: Sie war ein Traum, und kein schöner.

++  
Eine Frauenbezirkskonferenz zu Leipzig gegen die Maßregelung der Genossin Bieck und für die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“. Am 22. April hat in Leipzig eine Frauenkonferenz getagt, die von den vier Wahlkreisen des Agitationsbezirks gut beschickt war. Sie nahm die Berichterstattung von der Oppositiionskonferenz zu Gotha entgegen und er-

örterte im Zusammenhang damit die Vorgänge innerhalb der Sozialdemokratie, die mit Notwendigkeit zu der Tagung geführt hatten. Eingehend wurde namentlich die Auflösung des Frauenbureaus und der Ausschuß der Genossin Bieck aus dem Parteivorstand besprochen. Das Vorgehen des Parteivorstandes wurde von allen Rednerinnen auf das schärfste verurteilt. Die Genossinnen erblickten darin nicht bloß eine rechtswidrige Maßregelung der exprobten Führerin, sondern eine Preisgabe ihrer statutengemäßen Rechte und eine Schädigung der proletarischen Frauenbewegung. Entschieden mißbilligten sie auch das an Genossin Bieck gestellte Ansehen, auf die Leiterin der „Gleichheit“ einzuhören, damit sie die Haltung des Blattes ändere. Die tagenden Genossinnen nahmen einstimmig die folgende Resolution an: „Die heutige Frauenbezirkskonferenz Leipzig erklärt sich mit der politischen Haltung der „Gleichheit“ und der sich frei äußernden sozialdemokratischen Meinung der Genossin Bieck einverstanden und erwartet, daß die „Gleichheit“ wie bisher, so auch fernerhin das Kampforgan der Frauen bleibt.“ Die Konferenz nahm auch Stellung zu dem Gothaer Beschluß, daß den Bezirksvorständen je eine Genossin angehören muß, deren Aufgabe es im besonderen ist, die Aufklärung und Organisierung der proletarischen Frauen zu betreiben. Die Konferenz schlug die Unterzeichnung vor als Vertreterin der organisierten Genossinnen für den Bezirksvorstand Leipzig. In dem Vorstand für den 13. sächsischen Wahlkreis, dem schon seit Jahren eine Genossin angehört, sollen sie durch Genossin Schumann vertreten werden. Die nächste Generalversammlung wird über die Vorschläge entscheiden. Es genügt aber nicht, daß die beiden Genossinnen Sitz und Stimme in den leitenden Körperschaften haben, und daß sie hier ihre ganze Energie für die Förderung der sozialdemokratischen Frauenbewegung einsetzen. Alle organisierten Frauen müssen sich vielmehr in lebendiger Fühlung mit ihren Vertreterinnen halten, müssen sie mit Anregungen, Vorschlägen, Erfahrungen tatsächlich unterstützen, müssen jederzeit eifrig mit ihnen zusammenwirken. Erst dadurch wird das Amt und die Tätigkeit der weiblichen Vorstandsmitglieder der neu zusammengesetzten Organisation und ihren großen Pflichten recht nutzbar gemacht. Die bevorstehenden Frauentagsversammlungen geben eine treffliche Gelegenheit dazu. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wird mit Nachdruck die Grundsätze verfechten, deren Verwirklichung das hohe Ziel der erwachten, selbständigen denkenden Frauen des werktätigen Volkes ist. Sie wird nicht weniger treu für die Interessen der Proletarierinnen eintreten. Die Genossinnen haben darum ihrerseits die Pflicht, alle Kräfte aufzubieten, um die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu stärken, ihr Mitglieder zuzuführen — zumal Frauen —, ihr geistiges, politisches Leben stark und gesund zu erhalten. Kurz, sie müssen mit daran arbeiten, daß diese Partei die Klarheit, den Willen und die Macht erlangt, als wirklich berufene Vertretung der Arbeiterklasse ihren großen Zielen und Aufgaben gerecht zu werden.

Auguste Henning.

Eine Sympathiekundgebung der holländischen Genossinnen für Genossin Bieck. Von dem Bewußtsein internationaler Solidarität erfüllt, empfinden die Genossinnen des Auslands mit Recht die Maßregelung der Genossin Bieck wegen ihres treuen Festhaltens an den sozialistischen Grundsätzen als einen Schlag gegen die sozialistische Frauenbewegung. Wie die österreichischen, so haben auch die niederländischen Genossinnen ihrer Sympathie für die Genossin Bieck Ausdruck gegeben. Auf der letzten Tagung ihrer Landesorganisation gelangte diese Resolution zur einmütigen Annahme: „Die Jahresversammlung des Verbands der Sozialdemokratischen Frauenclubs der Niederlande hat mit großer Empörung die Nachricht entgegengenommen von der Maßregelung der Genossin Bieck, der tüchtigen Kämpferin der deutschen Genossinnen. Auch die Nachricht von der Auflösung des Frauenbureaus wurde mit Pfuirufen aufgenommen. Die Delegierten sprechen ihre aufrichtigen Sympathien für Genossin Bieck aus und ihre freudige Zuversicht, daß diese ihre schöne, bedeutungsvolle Arbeit unter den Frauen unentwegt weiter fortsetzen und ihren Willen zum Frieden und zur internationalen Solidarität stärken wird. Trotz der Parteiwirren wird Genossin Bieck‘ Arbeit ununterbrochen weitergehen, davon sind wir überzeugt.“

## Notizenteil.

### Für den Frieden.

Die Friedensarbeit der sozialistischen Internationale. Seit die Revolution den Friedenswillen der russischen Proletarier zu

machtvollem Ausdruck kommen läßt, regt sich in allen Ländern das Friedensbegehr des arbeitenden Volkes wieder kräftiger. Lauter, eindringlicher, hoffnungsvoller als seit all den langen, düsteren Kriegsmonaten redet die internationale proletarische Solidarität. Die Situation treibt die sozialistischen Parteien voran. Die Bemühungen vermehren sich und werden aussichtsreicher, internationale Fühlung zwischen ihnen herbeizuführen und eine sozialistische Internationale als Friedensmacht handeln zu lassen. Der Mittelpunkt dieser Bemühungen ist Stockholm, von wo aus die Verbindung mit den russischen Genossen verhältnismäßig leicht und rasch ist. Der schwedische Genosse Branting, der in Petersburg mit den russischen Sozialisten Rücksprache hatte, brachte von dort sehr gute Aussichten mit über die Versändigungsmöglichkeit. Optimistisch darüber äußerte sich auch der dänische Genosse und Minister Stauning, der in Stockholm mit russischen und anderen ausländischen Genossen konferiert hat. Der holländische Genosse Troelstra, der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angehört, ist nach Stockholm gereist, nachdem er vorher in Berlin mit den Genossen Adler für Österreich, Garanh für Ungarn und dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verhandelt hatte. Es besteht Aussicht auf das Zustandekommen einer internationalen Konferenz, die nach den vorliegenden Meldungen am 20. Juni in Stockholm zusammenentreten soll. Die opponierenden sozialistischen Männerheiten in den einzelnen Ländern sollen als gleichberechtigt zu der Tagung zugelassen werden. Es ist selbstverständlich, daß auch die sozialistischen Frauen aller Länder ihr Recht auf gleichberechtigte Mitberatung und Mitscheidung geltend machen. Die nötigen Schritte sind bereits geschehen, daß die sozialistische Fraueninternationale als Ganzes auf der Konferenz vertreten sein wird. Außerdem ist es das selbstverständliche Recht der Genossinnen jedes einzelnen Landes, Delegierte zu der Tagung zu entsenden. Hoffentlich wird dieses Recht ausgenutzt. Zu den Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört Genosse Bieß.

### Frauenstimmrecht.

**Eine Befürwortung des Frauenwahlrechts im Reichstag** enthielt Genosse Haase's treffliche Statsrede, getreu dem politischen Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Als Genosse Haase die Forderung einer sofortigen und durchgreifenden Demokratisierung entwidete, sagte er: „Meine Herren, das Reichstagswahlrecht bedarf dringend einer Erweiterung. Ich will auf die einzelnen Vorschläge, die wir gemacht haben, nicht eingehen; aber die Übertragung des Wahlrechts auf die Frauen ist eine unumgängliche Forderung geworden. (Sehr wahr! links.) Früher hat man oft genug erklärt, die Frau gehöre ins Haus, und deshalb dürfe man ihr das Wahlrecht nicht geben. Die Verfassungsrichten zeigen, wie diese Schranken immer mehr und mehr, von Jahr zu Jahr niedrigerissen würden, wie die Frauen hineinfluteten in alle Berufe. Und heute, meine Herren, da droht man ja den Frauen, die aus Mutterliebe, aus altem weiblichem Gefühl heraus zu Hause bleiben, nicht außer dem Hause Arbeit annehmen wollen, daß man ihnen die Kriegsunterstützung entziehen werde. (Hört, hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Man treibt sie unter diesem Druckmittel aus dem Hause, und trotz allem wagt man es, den Frauen, die die Munition mit schaffen helfen, die den ganzen Produktionsprozeß aufrechterhalten, das Recht vorzuhalten, auf das sie längst Anspruch haben! (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)“

Angesichts der gesellschaftlichen Zustände, die der Krieg geschaffen hat, kann in den Parlamenten nicht oft und nicht nachdrücklich genug die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gefordert werden. Die Aktion in den Parlamenten bedarf aber einer unerlässlichen Ergänzung. Die Frauen selbst müssen sich für ihr Recht rühren. Die Forderung ihrer politischen Gleichberechtigung muß zu einer Massenforderung werden, deren treibende Kraft die Frauen selbst sind, namentlich die proletarischen Frauen. Pflicht und Ehre der sozialistischen Frauen ist es, eine Massenbewegung für das Frauenwahlrecht zu schaffen und ihr ziel- und richtunggebend voranzuschreiten. Die Bedingungen dafür sind durch die Entwicklung der Frauenarbeit, durch den Umfang und die Bedeutung der Frauenbetätigung gegeben. Nun gilt es, die Menschen, namentlich aber die Frauen reif an Erkenntnis, Willen und Tatfreudigkeit zu machen, auf daß sie dem Umschwung der Dinge entsprechend handeln.

**Die Sozialdemokratische Partei für das Frauenwahlrecht.** Dem unverbindlichen Gerede und Geraune von der „Neuorientierung“ hat nun auch die Sozialdemokratische Partei ein politisches Aktionsprogramm entgegengestellt, das wie jenes der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Forderung des Frauenwahlrechts enthält. Die Vertreter ihrer Fraktion im Verfassungsausschuß brachten einen Antrag ein, der unter anderem besagt: „Der Artikel 20 Absatz 1 der Reichsverfassung erhält folgenden Wortlaut: Der Reichstag geht aus allgemeinen, gleichen und direkten, nach dem Verhältniswahl system vorgunehmenden Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor, an denen alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts teilnehmen.“ Für das Wahlrecht in den Einzelstaaten wird die nämliche Forderung erhoben. Im „Vorwärts“ betonte Genosse Landsberg betreffs der Arbeiten des Verfassungsausschusses: „Seine Hauptaufgabe ist und bleibt, eine sofortige Reform des Wahlrechts im Reich und in den Einzelstaaten herbeizuführen. Ein Wahlrecht, das unseren Ansprüchen völlig genügen soll, muß beiden Geschlechtern Stimmberechtigung zugestehen.“ Wir fügen hinzu: selbstverständlich auch die Wählbarkeit.

Am 27. April veröffentlichten die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei einen Aufruf. Der Aufruf hebt jedoch in seinem zweiten Teil die Notwendigkeit durchgreifender politischer Reformen hervor und erklärt: „Die Zeit des freien Wahlrechts ist aber nicht nur für unsere Kämpfer drauf, sondern auch für unsere Frauen gekommen. Sie haben in der Heimat in schwerer Not, unter einem die Seele zerstörenden Bangen um das Schicksal ihrer Lieben drauf gehalten und damit allein den Weiterbestand der deutschen Volkswirtschaft ermöglicht. Wir fordern, daß den Frauen die gleichen Staatsbürgerechte nicht länger vorenthalten werden.“ Mit dieser Auffassung verträgt sich die verzeichnete „Extratour“ des Genossen Kolb schlecht, ebenso aber auch der Verzicht der Sozialdemokratischen Partei auf den Frauentag und andere Maßnahmen.

**Um das Frauenwahlrecht in Baden.** Weiter oben wurde berichtet, daß das Aktionsprogramm der badischen Sozialdemokratie die grundsätzliche Forderung des Frauenwahlrechts nicht enthält. Damit nicht genug. Als Referent dazu wendete sich Genosse Kolb auf der Landesversammlung zu Offenburg gegen die politische Gleichberechtigung der Frauen. Selbstverständlich mit einer alten opportunistischen Begründung. Er faßte nämlich die Beteiligung der Frauen an den politischen Wahlen als „eine Konzession an die Reaktion auf, daß sie zur Stärkung der Zentrumsinteressen führe“. Die einzige Vertreterin der Genossinnen auf der Konferenz hat diese Begründung und die Preisgabe des Frauenrechts ohne Widerspruch geschlüssigt, ohne Genosse Kolb aufzufordern, seine unfehlbare „männliche Logik“ dadurch zu beweisen, daß er mit der angeführten Begründung auch die politische Rechlosigkeit aller Männer fordern möge, die durch ihren Wahlzettel, ihre politische Überzeugung die Zentrumsmacht stärken. Dann dürfte sich Genosse Kolb wenigstens der Konsequenz rühmen.

Der Kolbsche Grund gegen das Frauenwahlrecht ist der gleiche, den die liberalen Bourgeois früher in allen Ländern der politischen Gleichberechtigung des „Bruders Arbeiter“ entgegenhielten, den sie heute noch gegen das allgemeine Wahlrecht hervorziehen. Auch der große Ferdinand Lassalle mußte ihn bei seiner Agitation für das allgemeine Wahlrecht hören. Nur daß er darauf nicht wie der kleine Wilhelm Kolb antwortete, indem er die Forderung einsargte, sondern das prächtige stolze Wort prägte: Das allgemeine Wahlrecht gleicht der Lanze des Achilles, es heilt die Wunden, die es schlägt. In der Tat: Das Wahlrecht ist ein Mittel zur politischen Erziehung der Massen, und wenn es heute durch Männer- oder Frauenstimmen vorübergehend die Macht der reaktionären Parteien stärkt, so wird es morgen und für die Dauer diese Macht schwächen und überwinden helfen. Übrigens wurde in der Haushaltungskommission der Zweiten Badischen Kammer dem Schaden, den die Sozialdemokratie von dem Opportunismus des Genossen Kolb hat, noch der Spott hinzugefügt. Der Zentrumsführer befürwortete in bedingtem Maße die Anerkennung eines kommunalen Wahlrechts an die Frauen als Anerkennung ihrer Leistungen während des Krieges. Er bewies damit, daß er als mit der Entwicklung rechnender „Realpolitiker“ dem Genossen Kolb über ist. Wenigstens in diesem Falle. ++